

Sehr geehrte Mitglieder des ExpertInnenrats für Integration,

mit großem Befremden haben wir die gestrigen Aussagen des Herrn Staatssekretärs Kurz zur segregativen „Sprachförderung“ (gemeint: Deutschförderung) von vermeintlich sprachlosen Kindern vernommen.

ExpertInnen aus Sprachwissenschaft und Spracherwerbsforschung haben sich bereits wiederholt gegen eine solche Segregation ausgesprochen. Die Argumente hierfür können in zahlreichen wissenschaftlich fundierten Publikationen nachgelesen werden (siehe dazu aktuell auch der Sprachwissenschaftler Rudolf de-Cillia im Interview unter <http://derstandard.at/1347492743956/Sprachwissenschaftler-kritisiert-Kurz-Gegen-Stigmatisierung-in-Auslaenderklassen> bzw.

<http://kurier.at/nachrichten/4512438-sprachwissenschaftler-ueber-expertenrat-verwundert.php>). Ganz abgesehen davon, wurde im österreichischen Kontext bereits mehrfach unsererseits darauf hingewiesen, dass „Deutschkenntnisse“ nicht mit „Sprachkenntnissen“ allgemein gleichzusetzen sind: Kinder, die „nicht ausreichend“ Deutsch können, sind nicht sprachlos, wie dies die Aussagen des Herrn Staatssekretärs glaubhaft machen wollen. Diese Kinder sind demnach keinesfalls als nicht schulreif einzustufen und eine entsprechende Gesetzesänderung - wie von Staatssekretär Kurz gefordert - diskriminierend und für die umfassende Sprachförderung der Kinder nicht zielführend.

Besonders ärgerlich in diesem Zusammenhang ist Ihre Rolle als ExpertInnenrat, unter dessen Federführung erst vergangene Woche das Symposium „Integration & Bildung“ veranstaltet wurde, um „wichtige Stakeholder zum Themenbereich Integration und Bildung an einen Tisch zu bringen, die Vernetzung und den gegenseitigen Austausch zu fördern“ (Website des ÖIF).

Mit keinem Wort wurde im Rahmen dieser Tagung die Segregation von Kindern in „Sprachförder(vorschul)klassen“ gefordert, und die teilnehmenden und beitragenden ExpertInnen der Tagung fühlen sich zurecht „gepflanzt“, wenn kaum eine Woche nach solch einer Konferenz dem Staatssekretär vom Ihnen als Mitglieder des ExpertInnenrats offenbar das Gegenteil der Expertise nahegelegt wird.

Es drängen sich folgende Fragen auf:

- Haben Sie Ihre Empfehlungen vor der benannten Tagung ausgesprochen und wenn ja, warum haben Sie nicht die Veranstaltung und den Input der geladenen ExpertInnen abgewartet?

oder

- Wurden Ihre Empfehlungen nach der Tagung ausgesprochen und war demnach die Konferenz eine reine „Alibi“-Veranstaltung, in deren Folge Sie Aussagen tätigten, die im konträr zu den Aussagen der anwesenden ExpertInnen standen und zeigten, dass deren Engagement und Expertise keinerlei Relevanz für Sie hat?

Wenn Sie als jene Experten des ExpertInnenrats, auf die sich Staatssekretär Kurz beruft (<http://kurier.at/nachrichten/4512399-experten-sprache-als-teil-der-schulreife.php>), damit zu verstehen geben, dass wissenschaftliche Erkenntnisse bewusst ausgeklammert werden und eine Legitimation nicht aus Expertise, sondern aus politischem Kalkül bezogen wird, kann eine Kooperation mit unabhängigen Fachleuten nicht erwartet werden, und es werden für zukünftige Tagungen dieser Art kaum noch anerkannte WissenschaftlerInnen zu gewinnen sein.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Hrubesch

für die Expertinnen und Experten des Netzwerks SprachenRechte

--

Netzwerk SprachenRechte

www.sprachenrechte.at